

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelhefte 1,50 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postämter, Postträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Krieg oder sonstiger besonderen Umständen erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Kpf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2 gespaltene Raumzeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Der geschriebene Text wird nach Möglichkeit durch Fernruf übermitteln. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Jede Abnahmeprüfung erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 103 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postkod: Dresden 2640      Dienstag, den 3. Mai 1932

## Haushaltsorgen.

Auch nach der Schlußrede des amerikanischen Staatssekretärs Stimson in Genf ist die Welt gerade so klug wie zuvor: Die große Öffentlichkeit weiß weder, wie die weitere Entwicklung der Weltabstufungsfrage vor sich gehen soll, noch ob man sich in Genf hinsichtlich des Weltproblems der deutschen Tribute bzw. der „interalliierten Kriegsschulden“ irgendwie nähergekommen ist. „Zeit und Geduld“ verlangte Stimson schon für die Lösung der Abstufungsfrage. — Zeit und Geduld fordert noch weit mehr die Behandlung der Tributfrage.

Alles befindet sich in der Schwebe. In ein paar Tagen erledigt jetzt die Reichsregierung einen Haushalt, der eigentlich — seiner ist! Denn man weiß nicht, welche Posten man auf der Einnahmenseite einsetzen soll. Zweimal ist im Laufe des vergangenen Jahres der — übrigens im März 1931 vom Reichstag genehmigte — Haushalt des Reiches abgeändert, auf der Ausgaben Seite stark zusammengestrichen worden, als es sich nämlich herausstellte, daß die Reichseinnahmen sehr viel geringer waren, als man es bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs berechnet hatte. Die Ereignisse, die Entwicklungen während des Haushaltsjahres, also zwischen dem 1. April 1931 und dem 31. März 1932, zerschlugen alle Berechnungen. Es war daher nur zu verstehen, daß angesichts der absoluten Ungefährlichkeit der finanziellen Lage — der Reichsverpflichtungen ebenso gegenüber dem Ausland wie gegenüber dem Inland — das Haushaltsjahr 1932 zunächst um drei Monate verlängert wurde mit der Maßgabe, daß die sachlichen Ausgaben um ein weiteres Fünftel zusammengestrichen wurden. Heute läßt sich noch nicht sagen, ob diese Verlängerung der Ausgaben dafür genügt, um mit den Einnahmen zu einem Ausgleich zu kommen.

Denn die Reichsregierung kann bei ihren jetzt stattfindenden Beratungen und Beschlüssen über den Reichshaushalt nicht einmal mehr auf den finanziellen Ergebnissen des vergangenen Haushaltsjahres fußen. Sie rechnet aufeinander auch nicht damit, daß die Wirtschaftskrise, die ihr die Einnahmen dezimiert, schon in den nächsten Monaten durch eine Verbesserung der Konjunktur abgelöst wird. Daß im Reichshaushalt auf der Ausgaben Seite irgendwelche Summen für Tributzahlungen nicht erscheinen werden, entspricht nur der oft unterstrichenen, auch in Genf wiederholten Feststellung des Reichsanzlers, daß Deutschland nicht in der Lage sei, Tribute zu bezahlen. Bekanntlich hat auch der englische Schatzkanzler die deutschen Zahlungsverpflichtungen des Youngplans bzw. die englische Schuldentilgung gegenüber Amerika nicht in den Staatshaushalt Englands einbezogen, während Tardieu im französischen Haushalt diese Einnahmen aus den deutschen Tributen aufzuführen ließ. In Wirklichkeit liegen die Dinge eben so, daß nicht einmal die fällig werdenden kurzfristigen Anleihen privater Art, die von Deutschland im Ausland aufgenommen sind, aus Mangel an Devisen voll zurückgezahlt werden können und daß ein gleichfalls fällig gewordener mittelfristiger Reichskredit im Betrage von 500 Millionen Mark durch das New Yorker Bankhaus Lee, Higginson u. Co. um ein Jahr verlängert werden mußte, einfach, weil wir nicht in der Lage waren, diese Schulden zu bezahlen oder gar sie in Devisen zu transferieren. Allein für den Zins-, Amortisations- und Rückzahlungsdienst der lang- und mittelfristigen deutschen Anleihen im Ausland mußten im Jahre 1932 verpflichtungsgemäß über 1600 Millionen Mark in Devisen aufgebracht und transferiert werden — also ungefähr so viel, als der Youngplan uns an Verpflichtungen für das Haushaltsjahr 1932/33 auferlegt. Auch die Verlängerung fällig gewordener oder noch werdender Kredite bewilligt das Ausland natürlich in der Erkenntnis, daß Deutschland nicht in der Lage ist, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Demgegenüber türmen sich zu ungeheurer Höhe die Ausgaben und die — Ausgabennotwendigkeiten des Reichshaushalts auf. Finanziell ist unsere ganze Sozialversicherung in ein bedrohliches Schwanken gekommen, und es bedeuert nur eine Verschiebung der Kostenanbringung, wenn z. B. die Lasten der Arbeitslosenfürsorge zum größten Teil jetzt den Gemeinden aufgebürdet sind. Die bisherige Entwicklung hat leider gezeigt, daß eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes offenbar nicht eintritt, da von einer wirklichen Besserung der Wirtschaftskonjunktur vorläufig nicht die Rede ist. Infolgedessen muß die Reichsregierung bei ihrer Behandlung des Reichshaushalts auch damit rechnen, daß bei ihr einzelne Länder und sicherlich überaus zahlreiche Gemeinden finanziell notleidend als Witwen erscheinen werden. In welchem Umfange dies geschehen wird, läßt sich noch gar nicht absehen.

Sinnvoll sind die nach Verwirklichung geradezu schreienden Projekte der Arbeitsbeschaffung, der möglichen Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes, der Umsiedlung und noch andere Pläne zur Intensivierung unseres Wirtschaftslebens. Man braucht nicht erst noch auszuführen, von welcher furchtbaren Notwendigkeit dies alles ist. Ebenso notwendig freilich ist es, den Reichshaushalt auf der Ausgaben Seite

## Polnische Handstreichpläne auf Danzig.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun

In sensationeller Aufmachung veröffentlichten englische Zeitungen Berichte aus Danzig, in denen es u. a. heißt, Polen habe seine Pläne für die Besitzergreifung des Freistaates Danzig fertiggestellt. Nur ein in letzter Stunde erfolgter Schritt Frankreichs habe verhindert, daß die polnische Flotte am 1. Mai über Danzig weiche.

Der Korrespondent sagt: Die maßgebendste Persönlichkeit an Ort und Stelle — kein Pole oder Danziger — habe ihm erklärt: „Die Polen haben ihren Kopf verloren.“ Die Behörden hätten befürchtet, daß

die polnische Flotte in den Danziger Hafen einfahren und, wie im Falle der Wegnahme von Wilna, die Welt vor eine vollendete Tatsache stellen würde. Der Oberkommissar Graf Gravin habe sich dringend mit dem Generalsekretär des Völkerbundes in Verbindung gesetzt und ihm warnend von dieser

Gefährdung des europäischen Friedens Mitteilung gemacht.

Diese Meldungen haben in Berliner politischen Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt. Wie an zuständiger Stelle verlautet, scheinen amtliche Warschauer Kreise nicht hinter dem Unternehmen gestanden zu haben oder zu stehen. Vielmehr handelt es sich nach Berliner Auffassung, falls sich die Meldung als richtig herausstellen sollte, um chauvinistische Kreise oder um sonstige auf abenteuerliche Pläne eingestellte Leute.

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß die deutsche Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen würde, falls polnischerseits versucht werden sollte, gegen Danzig in der beschriebenen Weise vorzugehen. Die Vorgänge werden in Berlin mit größter Aufmerksamkeit verfolgt.

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß die Danzig-polnischen Abmachungen über das Anlegen polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen abgelaufen sind. In Zukunft gelten für die polnischen Kriegsschiffe, die den Danziger Hafen anlaufen wollen, die internationalen Bestimmungen für das Anlaufen fremder Häfen. Bisher konnten nämlich polnische Kriegsschiffe ohne vorherige Anmeldung im Danziger Hafen vor Anker gehen. Das Abkommen über dieses polnische Sonderrecht war bereits im vorigen Jahr abgelaufen und ist seitherzeit bis zum 1. Mai d. J. verlängert worden.

Die Annahme der Reichsregierung, daß es sich bei diesem geplanten Anschlag nicht um eine polnische Kreise handelt, sondern um chauvinistische Heißsporne, kann den Ernst der Lage nicht überblenden. Bei der völlig zerrütteten innenpolitischen und wirtschaftlichen Lage Polens haben leider die „nichtamtlichen“ chauvinistischen Abenteurer bedeutend an Oberwasser gewonnen. Noch ist es dem alten Marschall Piłsudski unter

großer Mühe gelungen, seine abenteuerlichen Militärs von Gewaltstreich gegen deutsches Gebiet fernzubalzen. Wenn er aber einmal vom Schauspiel abtritt, was bei seinem geschwächten Gesundheitszustand schon sehr bald erfolgen kann, dann besteht die dringende Gefahr, daß um seine Nachfolge unter den Generalen seiner Umgebung ein heftiger Wettkampf einsetzt wird. Da auf in neuem politischem Gebiet in Polen keine Vorbeeren mehr zu ernten sind, werden die Kandidaten solche auf außenpolitischem Gebiete suchen, und das wehr- und waffenlose deutsche Grenzgebiet würde die beste Gelegenheit bieten, sich bei dem polnischen Volk mit billigen „militärischen“ Erfolgen beliebt zu machen.

In dieser Tatsache ändert auch ein „amtliches“ polnisches Dementi nichts. Die Pläne gegen Danzig sind diesmal noch nicht zur Ausführung gekommen. Daß sie bestehen, ist sicher.

Die Reichsregierung ist gewarnt. Möge sie nicht unterlassen, um einem neuen Überraschungsversuch rechtzeitig vorzubeugen und ihn von vornherein unmöglich zu machen. Vollendete Tatsachen sind schwer oder nie wieder gutzumachen, auch nicht durch „Schritte“ des Völkerbundes.

## Ein Dementi des Grafen Gravin

Der Danziger Völkerbundkommissar, Graf Gravin, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch ein Dementi zu den Meldungen über eine bevorstehende militärische Besetzung Danzigs übermittelt nach denen der Danziger Völkerbundkommissar sich wegen einer bevorstehenden militärischen Bedrohung Danzigs durch Polen bereits an den Generalsekretär des Völkerbundes gewandt habe.

Von amtlicher Danziger Seite wird mitgeteilt: Die englischen Pressemeldungen sind sichtlich die Folge des Verhaltens der polnischen amtlichen Stellen gegenüber der Danziger Wirtschaft, die in ihrer Konsequenz zum völligen Erliegen der Danziger Wirtschaft führen müßte und die wiederholt in Urträgen auf Entscheidung beim hohen Kommissar des Völkerbundes geführt haben.

## Moskau über die Bedrohung Danzigs erregt

Die Nachrichten über eine beabsichtigte Besetzung Danzigs durch die Polen hat in Moskau größtes Aufsehen erregt. In politischen Kreisen wird erklärt, die polnische Regierung würde, wenn sie einen solchen Schritt unternähme, die Lage in Osteuropa erheblich verschärfen.

Die russische Außenpolitik lege Wert auf das Weiterbestehen Danzigs als Freistaat. Das Danziger Problem sei völlig anders als die Wilnafrage. Ein polnischer Streich gegen Danzig könne in Osteuropa unabsehbare Folgen hervorrufen.

Das Außenkommissariat verfolgt die Entwicklung in Danzig mit größtem Interesse.

## England wartet die weitere Entwicklung in Danzig ab

London, 2. Mai. Die Meldungen der Londoner Zeitungen über die Vorgänge in Danzig kamen der Öffentlichkeit in England sehr überraschend, da bisher die englische Presse die Vorgänge im Korridor so gut wie gar nicht berührte. In den zuständigen englischen Stellen wird angegeben, daß bisher noch keine Mitteilungen über die Ereignisse in Danzig vorliegen. Es besteht jedoch ein ausgesprochenes Bestreben, die Wichtigkeit der Vorgänge herabzumindern, obwohl die englische Regierung sowohl auf dem Wege über Berlin wie über Genf auf den Ernst der Lage mehrfach aufmerksam gemacht worden ist. London vertritt den Standpunkt, daß noch keine englischen Schritte notwendig seien, solange sich die Lage nicht weiter zuspize.

## Polnischer Protest im Foreign Office

Berlin, 3. Mai. Der polnische Botschafter hat nach Meldung Berliner Blätter aus London am Montag im Foreign Office dagegen protestiert, daß „gewisse Blätter Tadeschen veröffentlicht haben, in denen von polnischen Vorbereitungen zur Besetzung der Stadt Danzig die Rede ist.“ Der Botschafter hat erklärt, daß diese Informationen jeder Grundlage entbehrten.



Graf Gravin, der Völkerbundkommissar in Danzig.

dem anzupassen, worauf das Reich bei einiger Voraussicht an Einnahmen rechnen kann. Aus einer Steuererhöhung irgendwelcher Art läßt sich heute doch keine Sicherung der Einnahme des Reiches herausholen. Die Schraube ist längst überdreht! Und daher wird die Ausgaben Seite im Reichshaushalt nur unter dem Diktat der möglichen und voraussichtlichen Einnahmen stehen müssen. Sich nach dieser recht kurz gewordenen Decke zu strecken, ist ebenjeh gebieterisch ihre bittere Notwendigkeit.